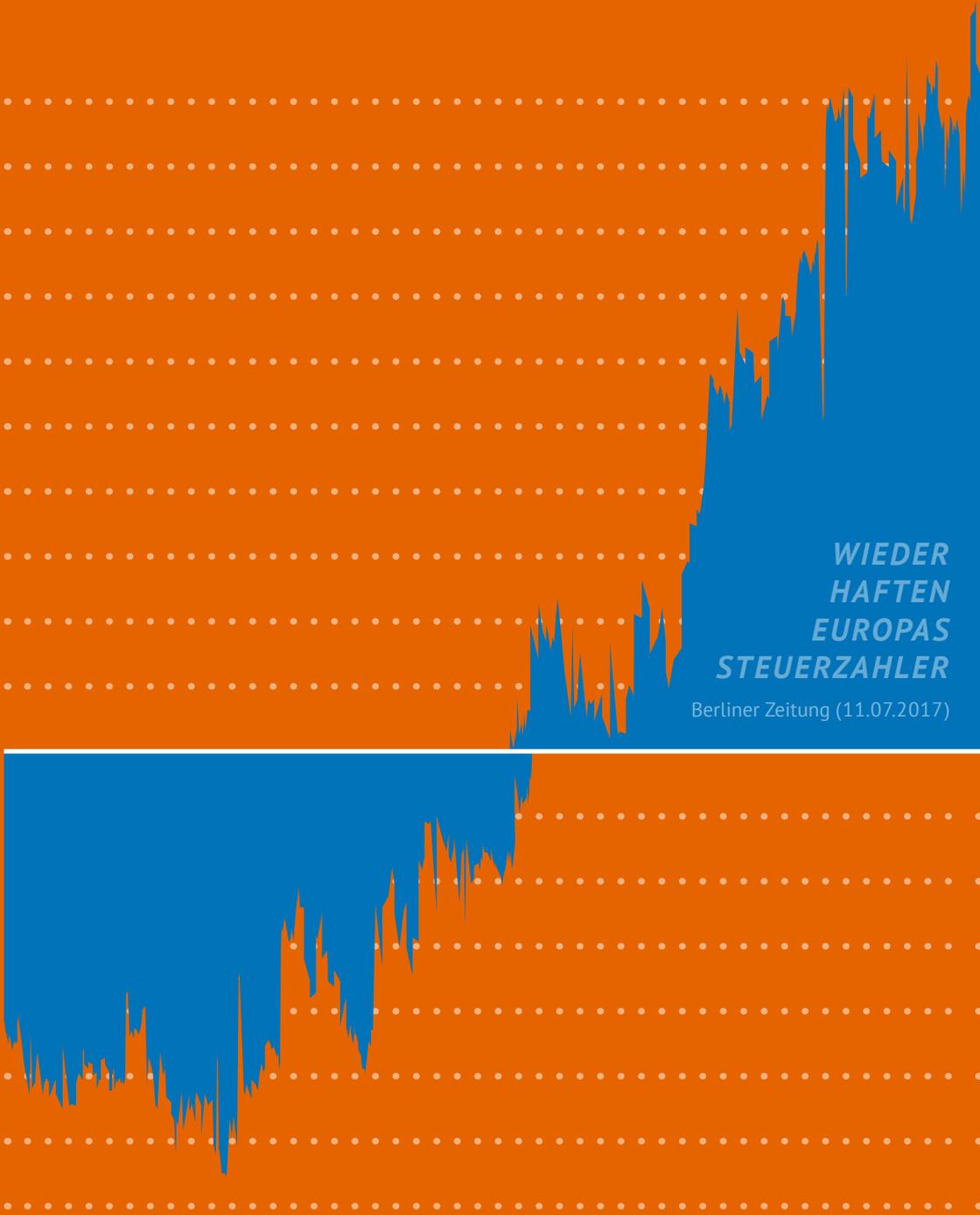


# Bankenrettung

MODUL



**WIEDER  
HAFTEN  
EUROPAS  
STEUERZÄHLER**

Berliner Zeitung (11.07.2017)

[www.attac.de/bima](http://www.attac.de/bima)

Wie funktioniert eine Bank?  
Warum hat der Staat die Banken gerettet und was wird daran kritisiert?  
Was wurde aus der Krise gelernt?  
Welche Konflikte gibt es um die zukünftige Abwicklung von Banken?

---

## Inhalt

### Einführung

#### III.1 Arbeitsblatt: Wie funktioniert eine Bank?

- M1: Schaubild – Wie funktioniert eine Bank?
- Infotext: Das Bankgeschäft
- Infotext: Wie kann eine Bank pleitegehen?
- M2: Schaubild – Wie kann eine Bank pleitegehen?

#### III.2 Arbeitsblatt: Die Kosten der Bankenrettung in Deutschland

- M1: Was hat die Rettung der Commerzbank gekostet? (Autorentext)
- M2: Tabelle: Die Ausgaben des SoFFin für die Commerzbank
- M3: Lehrkräftemangel an Grundschulen (Autorentext in Anlehnung an *GEW Hessen*)
- M4: Schulstreik in Kassel (Autorentext)
- M5: Kommunale Haushalte: Ausgaben der Stadt Kassel für Bildungs- und Kultureinrichtungen (Autorentext)
- M6: Banken-Rettungsfonds: Gewinn nur Tropfen auf dem heißen Stein (*Nachrichtenagentur Reuters*)
- M7: Wen das Sparpaket einschnürt (*Frankfurter Rundschau*)
- M8: Die Gesamtkosten der deutschen Bankenrettung (Autorentext)
- M9: Die zehn größten Ausgabeposten des Bundeshaushaltes 2017 ([www.bundeshaushalt-info.de](http://www.bundeshaushalt-info.de))
- M10: Stichworte aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

#### III.3 Arbeitsblatt: Was tun, wenn Banken pleitegehen?

- M1: Eine neue Finanzkrise? (Autorentext)
- M2a: Option Bail-out I: Bankenrettung in Deutschland 2008 (Autorentext)
- M2b: Option Bail-out II: Die US-Bankenrettung als Erfolgsmodell (*Frankfurter Rundschau*)
- M3: Option Bail-in (Europäische Kommission)
- M4a: Option Vergesellschaftung des Bankensektors I (*Emanzipation*)
- M4b: Option Vergesellschaftung des Bankensektors II (Autorentext)
- M5: Option Banken pleitegehen lassen (*die tageszeitung*)
- Infotext: Begriffserläuterungen Bankenrettung
- M6: Kurzttext: Bail-out (Autorentext)
- M7: Kurzttext: Bail-in (Autorentext)
- M8: Kurzttext: Vergesellschaftung (Autorentext)
- M9: Kurzttext: Banken pleitegehen lassen (Autorentext)
- M10: Systemrelevanz ist eine politische Kategorie (Interview mit Andreas Kallert)
- M11: An der Realität gescheitert (*die tageszeitung*)

### Die Materialien haben folgende Formate

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themen-  
schwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar  
zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in  
der Gruppe anregen und die zur Erarbeitung der  
Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen  
eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und  
Bildmaterial arbeiten

### Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder  
oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte  
oder Autorentexte
- ARBEITSVORSCHLÄGE **Arbeitsvorschläge** – Vorschläge zum inhaltlichen  
Erschließen der Materialien
- METHODE **Methoden** – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung  
der Materialien
- INFO ||||| **Infotext** – Erläuterungen zentraler Begriffe  
eines Arbeitsblattes
- ◇◇DIAGRAMM◇◇ **Diagramme** – Grafisch aufbereitete Daten zum  
jeweiligen Thema
- REQUISITEN **Requisiten** – Spezielles Zubehör zu Methoden
- Interview  
mit **Interviews** – Für dieses Bildungsmaterial  
geführte Gespräche

## Einführung

In der Einleitung zu Modul II wurde kurz und knapp die Geschichte der Krise von 2008 erzählt. In seitherigen Forschungen werden einige Aspekte hervorgehoben, für die es im traditionellen Verständnis des Bankensystems zuvor keine Begriffe gab. In dieser wissenschaftlichen Erzählung werden Schattenbanken (Shadow Banking), Verbriefung (Securitization), kurzfristiger Interbankenmarkt und Liquiditätskrise zu wichtigen Dimensionen.

Der Begriff »Shadow Banking« wurde zum ersten Mal 2007 verwendet. Heute wird er an vielen Stellen durch »Market-based Finance« ersetzt und es konkurrieren viele Definitionen für den Begriff. Die Idee dabei ist jedoch, unser herkömmliches Verständnis des Bankgeschäfts aufzubrechen. Denn schon längst werden nicht mehr die Einlagen der einen zu den Sicherheiten der Banken für die Kredite an die anderen. Stattdessen ist zwischen den Einlagen und den Endkrediten ein hochkomplexes System entstanden. Darin spielen verschiedene Finanzmarktakteure und -praktiken eine wichtige Rolle. Akteure sind dabei nicht nur herkömmliche Banken. Pensionskassen, Versicherungen, Anlagefonds, Investmentbanken wie auch konventionelle Unternehmen, die an Finanzmärkten Kredite aufnehmen, begeben oder Fremdwährung kaufen, gehören zum Shadow Banking dazu. Der Kern des Prozesses besteht darin, dass Banken Kredite nicht mehr verbegeben und dann in ihren Büchern behalten, bis das Geschäft beendet ist. Denn je schneller alle beteiligten Akteure einen vergebenen Kredit an den nächsten weiterreichen können, desto niedriger ist das Ausfallrisiko für die einzelnen. Es entsteht quasi ein Spiel mit dem heißen Eisen, in dessen Zentrum ultra-kurzfristige Kredite stehen, die Finanzmarktakteure sich in der Regel nur für 24 Stunden gegenseitig gewähren.

Hier kommt die Verbriefung ins Spiel: Neben völlig unbesicherten Krediten auf dem Interbankenmarkt sichern Finanzmarktakteure ihre Kredite in der Regel so ab, dass sie sich gegenseitig für die vereinbarte Laufzeit Anleihen mit Rückkaufsrecht geben. Wie bei einem Automobil-Kredit eine Immobilie als Sicherheit dienen kann, wurden hier Staatsanleihen und später eben Derivate, die auf den faulen Häuserkrediten basierten, verwendet. Dieser Prozess, aus Häuserkrediten verkaufbare Anleihen zu machen, wird Verbriefung beziehungsweise »Securitization« genannt. Auch diese Praxis der Verbriefung zählt zum Prozess des Shadow Bankings.

Bei dieser kurzfristigen Kreditvergabe auf dem Interbankenmarkt wird ein Problem virulent, für das es bis 2010 kaum regulatorische Einhegung gab: Da alle beteiligten Akteure an sehr kurzfristige Verbindlichkeiten gebunden sind, sind sie auf die Zahlungen der anderen unbedingt angewiesen. Man nennt das systemisches Risiko. Und da diese Kredite so kurzfristig sind, blieb den pleitegehenden Banken 2008 nicht ausreichend Zeit, sich neues Geld zu beschaffen. Dadurch wurden sie illiquide, das heißt, ihnen gingen die Barmittel aus. In der Folge wurde das Eigenkapital aufgebraucht und sie wurden insolvent.

Daraufhin intervenierten zwei staatliche Stellen: Zentralbanken stellten Notkredite zur Verfügung, um Finanzinstitute mit Liquidität zu versorgen, und die Finanzministerien vieler Regierungen weltweit kauften entweder schwächelnden Banken die faulen Kredite ab, stellten ihnen Kapital aus Steuermitteln zur Verfügung oder verstaatlichten die Institute. Ohne das Eingreifen der Staaten wäre es früher oder später zu einem Zusammenbruch des gesamten Finanzsystems gekommen. Allerdings sind die möglichen Maßnahmen in einer solchen Krise und ihre Kosten gesellschaftlich nicht neutral. Verschiedene Bevölkerungsgruppen haben (zumindest implizit) unterschiedliche Interessen hinsichtlich möglicher Bankenrettungen. Dementsprechend sind sie politisch umstritten.

Durch die Kosten für die Bankenrettungen, staatliche Konjunkturprogramme und die sozialstaatliche Abfederung der Arbeitslosigkeit sind die Staatsausgaben in der Krise stark gestiegen. In der Folge lautete die dominante Antwort auf die Krise, der Staat müsse sparen, sprich seine Ausgaben reduzieren. Die Einnahmeseite, also die Erhöhung der Steuern (zum Beispiel auf Unternehmensgewinne, Erbschaften oder hohe Einkommen), bleibt dabei unberücksichtigt. Die Kürzungen im Zuge der »Sparpolitik« betreffen jedoch oftmals Sozialleistungen, auf die wiederum die ärmeren Teile der Bevölkerung angewiesen sind. Ein Beispiel dafür war das »Sparpaket« der deutschen Bundesregierung von 2010, mit dem unter anderem Leistungen für Empfänger\_innen von Hartz IV und von Wohngeld gekürzt wurden.

Regulatorisch ist infolge der Krise ein neuer weltweiter Rahmen für das Bankwesen entstanden (bekannt unter dem Stichwort Basel III). Dieser enthält höhere Kapitalanforderungen für Banken, die es ihnen möglich machen sollen, sich selbst länger vor der Pleite zu bewahren, sowie weitere Regeln, die das Liquiditätsproblem und

das systemische Risiko eindämmen sollen. Zudem wurde in der Eurozone eine gemeinsame Bankenaufsicht, ein Einlagensicherungssystem und ein Abwicklungsmechanismus für Banken eingerichtet, der sicherstellen soll, dass auch die Eigentümer\_innen und die großen Schuldner\_innen einer Pleitebank für Verluste aufkommen müssen.

Wie wirksam diese neuen Regularien sind, ist umstritten. Sicher ist, dass neue Krisen nicht ausbleiben werden, auch wenn niemand sagen kann, an welcher Stelle im System es beim nächsten Mal krachen wird. Derzeit werfen einige Expert\_innen

ein Auge auf die hohe Verschuldung ökonomisch schwacher Länder. Da in den meisten Industrieländern die Zinsen extrem niedrig sind, verschieben Anlageverwalter Kapital in arme Länder und lassen sich das Risiko dort mit hohen Zinsen bezahlen. Das Geschäft der Verbriefung und des Weiterreichens von Krediten ist auch dort schon längst angekommen. Es gilt also auf neue Krisen vorbereitet zu sein und das Geschäft von Banken und anderen Finanzmarktakteuren ebenso wie mögliche Krisenszenarien in Grundzügen einordnen zu können. ■

## Zu den Elementen des Moduls

- Das [Arbeitsblatt III.1 \(Wie funktioniert eine Bank?\)](#) thematisiert sehr grundsätzlich das Bankgeschäft. Es enthält einen [Infotext](#), ein zugehöriges [Schaubild \(M1\)](#) und eine Reihe Beschreibungen von Personen oder Unternehmen, die eine Geschäftsbeziehung mit der Bank unterhalten. Zunächst wird vorgeschlagen, dass die Lernenden die Rollenbeschreibungen in Zweiergruppen an der richtigen Stelle im Schaubild zuordnen. Nach der gemeinsamen Klärung der korrekten Zuordnung geht es in einem zweiten Schritt um die mögliche Insolvenz einer Bank. Zur Frage »Wie kann eine Bank pleitegehen?« gibt es wiederum einen Infotext und ein zugehöriges [Schaubild \(M2\)](#). Anschließend wird vorgeschlagen, dass die Lernenden vier Gruppen bilden (Privatkund\_innen, Investor\_innen, Banken und Unternehmen), die sie bereits aus dem ersten Schritt kennen. Diese Gruppen rekapitulieren zunächst, welche Beziehungen sie zur Bank haben und überlegen anschließend, was die Pleite der Bank für sie bedeutet und welche Interessen sie hinsichtlich einer möglichen staatlichen Bankenrettung haben. Diese letzte Frage sollte mit einem der folgenden Arbeitsblätter weiter bearbeitet werden, in denen die soziale und die politische Dimension der Bankenrettung deutlicher herausgestellt wird.
- Im ersten Teil von [Arbeitsblatt III.2 \(Die Kosten der Bankenrettung in Deutschland\)](#) geht es um die öffentlichen Kosten für die »Rettung« der Commerzbank. Die Lernenden können sich zunächst mit dem Text *Was hat die Rettung der Commerzbank gekostet?* ([M1](#)) und der dazugehörigen *Table: Die Ausgaben des SoFFin für die Commerzbank* ([M2](#)) beschäftigen. Dabei geht es zum einen darum, die Höhe der Kosten von

rund 4,6 Milliarden Euro bis Ende 2017 nachzuvollziehen. Zum anderen geht es um einen Vergleich zwischen den öffentlich angekündigten und den tatsächlichen Gegenleistungen der Bank für die Hilfen. Und schließlich wird eine Recherche angeregt, wie sich die öffentlichen Kosten für die Commerzbank seit Anfang 2018 entwickelt haben.

Im zweiten Teil des Arbeitsblattes werden die Aufwendungen für die Commerzbank mit Kosten für Schulen, fehlende Lehrkräfte und lokale Bildungs- und Kultureinrichtungen verglichen. Als Materialgrundlage dienen Texte zum *Lehrkräftemangel an Grundschulen* ([M3](#)), zu einem *Schulstreik in Kassel* ([M4](#)) aus dem Jahr 2017 sowie zu den *Ausgaben der Stadt Kassel für Bildungs- und Kultureinrichtungen* ([M5](#)). In diesem Zusammenhang werden Recherchen zur Finanzierung der eigenen Schule sowie der eigenen Kommune angeregt.

Im dritten und letzten Teil werden die Gesamtkosten der deutschen Bankenrettung im Vergleich zum Bundeshaushalt und einem Kürzungspakt der CDU-FDP-Regierung aus dem Jahr 2010 behandelt. Die Grundlage dazu bilden eine *Reuters-Meldung zum Banken-Rettungsfonds SoFFin von 2017* ([M6](#)), ein *Artikel aus der Frankfurter Rundschau zum Kürzungspaket von 2010* ([M7](#)) und ein *Autorentext zu den Gesamtkosten der deutschen Bankenrettung* ([M8](#)) auf Bundes- und Länderebene. Schließlich wird vorgeschlagen *die zehn größten Ausgabeposten des Bundeshaushaltes 2017* ([M9](#)) mit den Gesamtkosten der Bankenrettung zu vergleichen. Abschließend können die Lernenden ausgehend von *Stichworten aus der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* ([M10](#)) überlegen, welche Staatsaufgaben ihnen für eine solidarische Gesellschaft besonders wichtig erscheinen und

wie sie die Gelder für die Bankenrettung in den vergangenen Jahren auf den Bundeshaushalt verteilt hätten.

- In [Arbeitsblatt III.3 \(Was tun, wenn Banken pleitegehen?\)](#) wird vorgeschlagen, dass die Lerngruppe eine Beratung im Experten\_innen-Rat des Finanzministeriums simuliert. Ausgangspunkt ist ein *Szenario einer neuen Finanzkrise (M1)*. Ausgehend davon werden vier Gruppen gebildet, die sich anhand von passenden Texten mit verschiedenen politischen Optionen befassen. Die Gruppe »Bail-out« bekommt einen Text zur *Bankenrettung in Deutschland 2008 (M2a)* sowie zur *US-Bankenrettung als Erfolgsmodell (M2b)*. Die Gruppe »Bail-in« beschäftigt sich mit einer *Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur künftigen Bankenabwicklung in der EU (M3)*. Die Gruppe »Vergesellschaftung« setzt sich mit einem Text aus der *Zeitschrift Emanzipation (M4a)* auseinander sowie mit einem Autorentext, der *Vergesellschaftung kritisch sieht (M4b)*. Die Gruppe »Banken pleitegehen lassen« liest schließlich mit einem *Artikel aus der tageszeitung-taz (M5)* zum Umgang von Island mit der Bankenkrise von 2008. Lerngruppen, die Schwierigkeiten im

Umgang mit Original-Quellen haben, können alternativ auf die vier Kurztexthe *Bail-out (M6)*, *Bail-in (M7)*, *Vergesellschaftung (M8)* und *Banken pleitegehen lassen (M9)* zurückgreifen. Nach der Arbeit in Kleingruppen tragen die Lernenden ihre Ergebnisse zusammen und geben als Experten\_innen-Rat eine begründete Empfehlung ab, was die Regierung tun soll.

Im zweiten Teil des Arbeitsblattes wird auf der Basis eines *Interviews mit dem Politikwissenschaftler Andreas Kallert (M10)* die Kategorie der Systemrelevanz hinterfragt. Dabei wird der Blick auf die Frage gerichtet, ob in einer neuen Krise die Banken mit Staatsgeldern gerettet würden. Diese Frage wird danach mit einem *Kommentar zur Rettung Italienischer Banken 2016 (M11)* weiter verfolgt. Abschließend wird vorgeschlagen, dass die Lernenden mögliche politische Alternativen zum Vorgehen der italienischen Regierung benennen. Zudem wird angeregt, dass sie ein Transparent und ein Flugblatt für eine fiktive Protestaktion gegen künftige Staatshilfen für die Deutsche Bank entwerfen und schließlich persönlich zur Frage der Bankenrettung Stellung nehmen. ■